

BDP Schweiz - Zahlen und Fakten

- **Gründung / Aktueller Stand**

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) ist am 1. November 2008 in Glarus gegründet worden und umfasst 16 Kantonalsektionen (GR, BE, SG, GL, TG, AG, VS, ZH, SO, SZ, BL, LU, FR, VD, BS und GE). Die BDP Schweiz zählt rund 7000 Mitglieder.

- **Fraktion im Bundeshaus**

In den Eidg. Räten konnte die Partei bereits im März 2009 eine eigene Fraktion bilden, nachdem sie bei einer Ersatzwahl in Glarus mit Martin Landolt ein fünftes Nationalratsmandat gewonnen hatte. Bei ihrer ersten Teilnahme an den eidgenössischen Wahlen feierte die BDP einen historischen Erfolg: Neun Nationalratssitze und einen Ständeratssitz. Der Wähleranteil lag bei 5,4 Prozent. Bei ihren zweiten eidgenössischen Wahlen musste sie wie alle Mitteparteien Verluste einstecken. Die BDP hat 1,2 Prozent Wähleranteil und zwei Sitze verloren.

Für die BDP im **Nationalrat** sind nach den eidgenössischen Wahlen 2015 vertreten:

Rosmarie Quadranti (Fraktionspräsidentin/ZH), Martin Landolt (GL), Hans Grunder, Lorenz Hess, Urs Gasche, (alle BE), Bernhard Guhl (Vize-Fraktionspräsident/AG), Duri Campell (GR).

Im **Ständerat** ist die BDP mit Werner Luginbühl (BE) vertreten. Der 2. Wahlgang findet am 15.11. statt. Werner Luginbühl hat das absolute Mehr im ersten Durchgang nur ganz knapp verfehlt und das beste Resultat erzielt.

Im **Bundesrat** war die BDP bis Ende 2015 mit Eveline Widmer-Schlumpf (GR) vertreten. Sie leitete das Finanzdepartement EFD. Die Bundesversammlung hat Eveline Widmer-Schlumpf am 9. Dezember 2011 im Amt bestätigt und sie gleichentags zur Bundespräsidentin gewählt. Am 28. Oktober 2015 hat sie nach zwei Legislaturen ihren Rücktritt bekannt gegeben.

- **Vertretung in den Kantonen**

In den schweizerischen Kantonsregierungen besetzen BDP-Mitglieder vier Regierungsratssitze.

Beatrice Simon (BE), Robert Marti (GL), Barbara Janom und Jon Domenic Parolini (beide GR).

In den Kantonsparlamenten verfügt die BDP über 71 Mandate und ist in den Kantonen Glarus und Graubünden auch nach den Gesamterneuerungswahlen 2014 unbestritten die drittstärkste Kraft. Bei den kantonalen Wahlen am 30. März 2014 in Bern hat die BDP 11 Sitze verloren und kommt neu noch auf 14 Mandate. Im Kanton Aargau konnte die eben erst gegründete BDP Kanton Aargau bei den Wahlen 2009 auf Anhieb vier Grossratssitze ergattern. Bei den letzten Wahlen vom 21. Oktober 2012 legte sie nochmals 2 Sitze zu und erreichte Fraktionsstärke mit 6 Sitzen. Bei den kantonalen Wahlen 2011 in Basel-Land (4 Sitze) und in Zürich (6 Sitze, auf Anhieb Fraktionsstärke) gehörte die BDP ebenfalls zu den Wahlsiegern. Im Frühling 2012 konnten die BDP in den St. Gallen und Thurgau bei den Wahlen überzeugen: Die BDP St. Gallen konnte sich 2 Kantonsräte gutschreiben lassen, die BDP Thurgau holte 5 Sitze und erreichte auf Anhieb Fraktionsstärke. Und bei den Kantonsratswahlen im März 2013 gewann die BDP Solothurn zwei Mandate im Kantonsparlament. Bei den kantonalen Wahlen 2015 verliert die BDP leider 3 der 4 Sitze im Kanton Basel-Landschaft. Im Kanton Zürich kann sie hingegen mit 5 Sitzen die Fraktionsstärke für die nächsten vier Jahre behaupten.

- **Vertretung in den Gemeinden**

Auch kommunal wächst die BDP stetig: Sie verfügt inzwischen über 491 kommunale Mandatsträger. Am meisten Vertreter stellen hier die Kantone Bern mit 87 und Graubünden mit 67 kommunalen Amtsträgern, gefolgt vom Kanton Zürich mit 27.

- **Junge BDP**

Im Oktober 2012 wurde die Junge BDP gegründet. Die Junge BDP ist ein Pool für BDP-Mitglieder unter 35 Jahren. Die BDP war schon früh sehr erfolgreich mit der Einbindung junger Mitglieder in die politische Arbeit. Im Unterschied zu anderen Jungparteien will die „Junge BDP“ einen sehr engen Kontakt zur BDP halten und bildet formell eine Sektion der BDP Schweiz. JBDP-Präsidentin ist seit April 2015 Andrea Meier (BDP ZH).

- **Die wichtigsten BDP-Meilensteine im Zeitraffer:**

-01.11.2008: Gründung BDP Schweiz, Wahl von Hans Grunder (BE) zum ersten BDP-Präsidenten.

-09.02.2009: Fraktionsstärke auf eidg. Ebene dank der Wahl von Martin Landolt (GL) in den Nationalrat. Brigitta Gadiant wird erste BDP-Fraktionspräsidentin.

-28.03.2010: Die BDP Kanton Bern wird bei ihren ersten kantonalen Wahlen mit 25 Sitzen zur drittstärkste Fraktion. Beatrice Simon wird in den Regierungsrat gewählt.

-30.05.2010: Die BDP Kanton Glarus erreicht bei den ersten kantonalen Wahlen zehn Sitze und ist ebenfalls die drittstärkste Fraktion im Kanton. Robert Marti wird als Regierungsrat wiedergewählt.

13.06.2010: Die BDP Kanton Graubünden stellt mit 27 Sitzen auch die drittgrösste kantonale Fraktion. Barbara Janom Steiner und Hansjörg Trachsel werden als Regierungsräte wiedergewählt.

-15.03.2011: BDP fordert in ihrem Fraktionsvorstoss mit der Einführung von Fiskalregeln bei der AHV und bei der IV als erste bürgerliche Partei die Schuldenbremse.

-20.03.2011: Die BDP spricht sich als erste bürgerliche Partei für einen geordneten Atomausstieg aus und reicht am 21. April den Fraktionsvorstoss „Keine neuen Rahmenbewilligungen für den Bau von Atomkraftwerken ein“.

-03.04.2011: Die BDP Kanton Zürich schafft bei ihren ersten kantonalen Wahlen sechs Sitze und erreicht Fraktionsstärke.

-15.06.2011: Die BDP fordert mit ihrem Fraktionsvorstoss eine zivilstandsunabhängige Besteuerung sowie zivilstandsunabhängige Renten – und damit die Abschaffung der so genannten „Heiratsstrafe“.

-20.09.2011: Hansjörg Hassler löst Brigitta Gadiant als BDP-Fraktionspräsident ab.

-23.10.2011: Die BDP erreicht bei ihren ersten nationalen Wahlen einen Wähleranteil von 5,4 Prozent und stellt einen Ständerat und neun Nationalräte.

-14.12.2011: BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf wird wiedergewählt und neue Bundespräsidentin

-15.04.2012: Die BDP Kanton Thurgau erreicht bei seinen ersten kantonalen Wahlen fünf Sitze und Fraktionsstärke.

-05.05.2012: Martin Landolt wird neuer BDP-Präsident.

-21.10.2012: Die BDP Kanton Aargau gewinnt zwei Sitze dazu und hat mit sechs Sitzen neu eine eigene Fraktion.

-12.12.2012: Die BDP-Fraktion reicht ein umfassendes Vorstosspaket zur Altersvorsorge ein und schlägt konkrete Massnahmen zur nachhaltigen Stabilisierung und Sicherung der Sozialwerke vor, indem sie v.a. die Entpolitisierung des Rentenalters fordert.

- 03.03.2013: Die BDP übernimmt ihre beiden ersten Kampagnenleads: Gegen die Minderinitiative und für das neue Raumplanungsgesetz.
- 12.04.2013: Martin Landolt fordert in der NZZ den automatischen Datenaustausch. Die BDP übernimmt die Themenführerschaft für einen steuerlich konformen und wettbewerbsfähigen Finanzplatz.
- 19.06.2013: Nachdem die BDP als erste Partei ein Positionspapier zur Digitalen Netzpolitik verabschiedet hat, konkretisiert sie ihre Forderungen mit ersten Fraktionsvorstössen.
- 12.07.2013: Die BDP übernimmt zusammen mit der CVP die Kampagnenleads für die Preiserhöhung der Autobahnvignette sowie gegen die Masseneinwanderungsinitiative der SVP.
- 11.01.2014: Die BDP präsentiert an der Delegiertenversammlung in Thun ihr Positionspapier zum Thema Bildung.
- 05.03.2014: Der Nationalrat nimmt die Motion der BDP-Fraktion an. Diese fordert eine automatische Verknüpfung des Rentenalters an die Lebenserwartung und eine Entpolitisierung des Rentenalters.
- 14.03.2014: BDP unterbreitet dem Bundesrat Lösungsvorschläge zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative.
- 30.03.2014: Beatrice Simon wird mit dem besten Resultat als Berner Regierungsrätin wiedergewählt. Eine empfindliche Niederlage muss die BDP aber bei den Grossratswahlen einstecken: Sie verliert elf Sitze und kommt neu noch auf 14 Mandate.
- 18.05.2014: Barbara Janom Steiner wird ebenfalls mit dem besten Resultat als Bündner Regierungsrätin wiedergewählt und Jon Domenic Parolini schafft den Einzug mit einem Glanzresultat. Zudem gewinnt die BDP im Grossrat einen Sitz dazu und ist die grosse Wahlsiegerin.
- 01.06.2014: Im Kanton Glarus kann die BDP ihre Sitze verteidigen und ist mit neun Mandaten weiterhin die drittstärkste Fraktion im Kanton. Bereits am 9.2. wurde Röbi Marti als Regierungsrat bestätigt und am 4.5. an der Landsgemeinde zu dritten Mal zum Landammann und damit zum höchsten Glarner gewählt.
- 12.06.2014: Die BDP spricht sich als erste bürgerliche Partei für eine Gleichbehandlung aller juristischen Lebensformen aus.
- 21.06.2014: Die BDP fordert als erste Partei, dass über die Personenfreizügigkeit zügig neu abgestimmt werden muss. Diese Abstimmung ist nach dem EU-Nein zu Neuverhandlungen von Ende Juli nötiger denn je.
- 10.09.2014: Das Parlament sagt Ja zur Parlamentarischen Initiative von Rosmarie Quadranti. Dank der BDP ist somit eine Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung weiterhin möglich, was für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie absolut zentral ist.
- 16.09.2014: Die BDP und die CVP reichen eine Parlamentarische Initiative „Verhältnis zu Europa klären und in der Verfassung verankern“ sowie eine Motion zur Förderung der inländischen Arbeitskräfte ein. Der Volkswille kann so in zweifacher Weise umgesetzt werden: Die Zuwanderung wird gesteuert und die Bilateralen werden erhalten.
- 28.09.2014: Die BDP fordert nach dem Nein zur Gastro-Initiative einen Einheitssatz. Sie hat sich dafür bereits in der Vernehmlassung im Herbst 2013 stark gemacht.
- 02.12.2014: Die BDP übernimmt zusammen mit der FDP den Kampagnenlead gegen die Volksinitiative „Energie-statt Mehrwertsteuer“.
- 09.12.2014: Die BDP setzt bei der Energiedebatte im Nationalrat massgebende Signale. Dank der BDP ist die Energiestrategie 2050 auf dem richtigen Weg.

- 12.12.2014: Die BDP-Fraktion reicht in der Wintersession Vorstösse für die Bekämpfung von Kinderpornografie, für ein Anreizsystem und Steuererleichterungen, für eine bessere Eingliederung bei der Invalidenversicherung und gegen den Import von Tierquäl-Pelzen ein.
- 17.01.2015: Wahlkampfauftakt an der DV in Winterthur. Die BDP präsentiert ihre drei Wahlschwerpunkte „Für die Energiewende“, „Für die Bilateralen“ und „Für Frauenpower“.
- 08.02.2015: Die BDP Basel-Landschaft verliert bei den kantonalen Wahlen drei ihrer Sitze und kommt neu nur noch auf ein Landratsmandat.
- 03.03.2015: Das Parlament sagt gleich zu zwei BDP-Vorstösse JA: Der Ständerat überweist die Motion zur gesetzlichen Förderung inländischer Arbeitskräfte ohne Gegenstimme und der Nationalrat nimmt die Motion an, die einen steuerlichen Abzug von Bussen verbietet.
- 18.03.2015: Die BDP präsentiert in der Frühlingsession echte und wirksame Lösung rund um die Frankenstärke und reicht dazu Vorstösse ein.
- 12.04.2015: Die BDP Kanton Zürich behauptet sich bei den kantonalen Wahlen und kann mit 5 Sitzen auch in den nächsten vier Jahren eine eigene Fraktion stellen.
- 19.04.2015: Die BDP Kanton Genf gewinnt als jüngste BDP-Kantonalpartei bei den kommunalen Wahlen ihren ersten Sitz.
- 05.05.2015: Die BDP reicht ein Vorstosspaket für mehr Gleichstellung ein. Bereits an der Delegiertenversammlung am 25.4. in Gossau/SG hat sie ihre Gleichstellungsgruppe präsentiert.
- 06.06.2015: Nationaler Aktionstag: „Herzlichen Dank, dass Sie in der Schweiz eingekauft haben!“ Die BDP bedankt sich so in allen BDP-Grenzkantonen und im Kanton Bern bei allen Kundinnen und Kunden, die das lokale Gewerbe unterstützen.
- 06.07.2015: Die BDP lanciert ihre erste Petition „Pädophile sollen nie mehr mit Kindern arbeiten dürfen.“
- 17.08.2015: Die BDP setzt sich weiterhin erfolgreich für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein: Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur nimmt die Parlamentarische Initiative zur Anstossfinanzierung für Tagesschulen an.
- 04.09.2015: Die BDP präsentiert an einer Medienkonferenz mit ihrem Generationenprojekt einen Schwerpunkt für die neue Legislatur. Das wegweisende Projekt kombiniert die Möglichkeit einer allgemeinen Dienstleistung mit einem Zeitvorsorgesystem.
- 18.10.2015: Die BDP verliert bei ihrer zweiten Teilnahme an den nationalen Wahlen zwei Sitze und stellt neu noch sieben Nationalräte. BDP-Ständerat Werner Luginbühl wird im 2. Wahlgang am 29. November wiedergewählt.
- 28.10.2015: BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf gibt bekannt, dass Sie am 9.12. bei den Gesamterneuerungswahlen nicht mehr antritt und auf Ende 2015 als Bundesrätin zurücktritt.
- 31.10.2015: Die BDP hat an ihrer DV in Bern ihre drei Legislatorschwerpunkte „Für den Bilateralen Weg“, „Für die bürgerliche Energiewende“ und „Für ein nationales Zeitvorsorgesystem“ präsentiert.